

DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE

DIE CORONAKRISE TRIFFT DIE USA

Gespaltene Gesellschaft, angeschlagene Wirtschaft
und Politik ohne Kompass

Knut Dethlefsen
Januar 2021



Die Covid-19-Pandemie traf die USA von allen hoch entwickelten Industriestaaten am härtesten und das Land war unter der Führung Donald Trumps mit der Krise vollkommen überfordert.



Das Virus traf auf eine polarisierte und gesplante Gesellschaft. Es hat wie ein Katalysator auf US-Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gewirkt.



Joe Biden und Kamala Harris werden ihre Ämter im Angesicht ungelöster Krisen und riesiger Herausforderungen antreten. Gleichzeitig hat die neue US-Administration die Chance, entscheidende Weichen zu stellen und die strukturellen Veränderungen des Landes zu gestalten.

Präsident Joe Biden legte bereits am 14. Januar 2021 seinen Rettungsplan vor, »um eine Brücke auf die andere Seite der Krise zu bauen, der wir gegenüberstehen, zu einem besseren, stärkeren, sichereren Amerika.«

Wie dringend diese Hilfe nötig ist, macht die Zahl der Amerikaner_innen deutlich, die mit der Covid-19-Gesundheitskrise sowie den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen zu kämpfen haben. Sie erwarten dringend Linderung.

Die USA sind von der globalen Covid-19-Pandemie von allen hoch entwickelten Industriestaaten am härtesten getroffen worden. Mehr als 400 000 Amerikaner_innen sind der Krankheit erlegen, mehr als 24 Millionen haben sich mit dem Virus infiziert.¹ Die Pandemie hat alle Teile des Landes erreicht und im Winter steigt die Zahl der Neuinfektionen und Todesfälle rasant an. Am Ende der Krise werden die USA im Vergleich zu den anderen Industriestaaten sehr wahrscheinlich die meisten Opfer zu beklagen haben, und zwar sowohl in absoluten Zahlen als auch im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung.²

In der Pandemie ist offensichtlich geworden, dass der Exzeptionalismus der USA vor allem darin besteht, mit der Krise vollkommen überfordert zu sein. Es gab während der Präsidentschaft von Donald Trump weder politische Führung auf nationaler Ebene noch einen Gemeinsinn in der Bewältigung der Krise. Stattdessen hat das Land mit sich selbst zu tun, ja ringt geradezu mit sich. Die US-amerikanische Gesellschaft ist verunsichert. Konkret sind die Bürger_innen in ihrer physischen Unversehrtheit bedroht und fürchten um ihre ökonomische Existenz. Wie unter einem Brennglas sind in der Covid-19-Krise die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede, die Ungerechtigkeit der Gesellschaft und die unmenschlichen Verwerfungen des Gesundheitssystems hervorgetreten. So wurde auch das Entstehen der sozialen Proteste und Bewegungen begünstigt, die als Reaktion auf die Polizeigewalt gegen Afro-Amerikaner_innen im Sommer 2020 ihren Anfang nahmen, aber mittlerweile zu einer grundsätzlichen Debatte um das Erbe der Sklaverei geführt haben und das Land verändern.

POLITIK OHNE KOMPASS

Im Angesicht der Corona-Krise zeigte sich das komplette Versagen des Rechtspopulismus amerikanischer Prägung. US-Präsident Trump war mit der komplexen Krise völlig überfordert. Er selbst nahm die Pandemie zu keinem Zeitpunkt ernst – auch dann nicht, als er im Oktober selbst erkrankte. Bereits Ende Januar 2020 war dem Nationalen Sicherheitsrat im Weißen Haus aufgrund der Entwicklungen in der VR China klar, dass die Ausbreitung von Covid-19 die größte Herausforderung der Trump-Präsidentschaft werden

würde.³ Trotzdem unternahm die Regierung anfänglich nichts und verschenkte kostbare Wochen in der Krisenreaktion. Noch im Februar 2020 sprach Präsident Trump dem chinesischen Präsidenten sein vollstes Vertrauen im Umgang mit der Krise aus, versäumte es aber, die eigene Bevölkerung eindeutig über die drohende Gefahr zu informieren und die US-Regierung im Kampf gegen das Virus in Stellung zu bringen. Als die Ausbreitung des Virus nicht mehr zu leugnen war, versuchte Trump immer noch, die Bevölkerung zu beruhigen, anstatt zu informieren und einfachste Hygieneregeln zu propagieren. Im Gegenteil: Trump spielte die Krankheit herunter und verbreitete Falschinformationen und unseriöse Behandlungsmethoden.

Zudem machte Trump stets China für die Ausbreitung des Virus verantwortlich und tat so, als ob die Bundesregierung alles in ihrer Macht Stehende tun würde, um der Krise Herr zu werden. Die Wirklichkeit sah freilich anders aus. Unklare Zuständigkeiten, fehlende Koordinierung der Staaten und lokalen Behörden, Entscheidungsunfähigkeit, Verkennen der Realität, Nepotismus und sowohl wechselnde wie auch sich widersprechende Politikansätze führten dazu, dass die Pandemie in den USA außer Kontrolle geriet. Die Trump-Administration und viele republikanisch geführte Bundesstaaten sind und waren nicht in der Lage, reale Probleme zu lösen oder sich um die praktischen Bedürfnisse der Bevölkerung zu kümmern. Vielmehr lenkten sie durch Desinformation und Angriffe auf vermeintliche innere wie äußere Gegner_innen von den realen Problemen und dem eigenen Versagen ab. Durch das Versagen der Bundesregierung in der Krise verhartete das Vertrauen der breiten Bevölkerung in diese auf historisch niedrigem Niveau: Nur jede_r Fünfte Amerikaner_in vertraute gegen Ende der Amtszeit Trumps der Regierung.⁴

Trump machte die Pandemie zu einer »Kultur- und Identitätsfrage, und Kultur und Identität sind viel schwerer zu ändern als die Politik«, wie es der Brookings-Experte Bill Galtton formulierte.⁵ Zu den Kulturfragen gehörten laut Trump u. a. das Tragen von Masken und die Schließung von Geschäften. Statt den Empfehlungen der Expert_innen zu folgen, sah der Präsident diese als politisch motiviert und dazu gedacht, seine Wiederwahlchancen zu untergraben. Damit erreichte Trump, dass gesundheitspolitische Maßnahmen zu einer Art Glaubensbekenntnis wurden. Gleichzeitig konnte und wollte er den Umgang mit der Pandemie nicht an den sich wechselnden Erkenntnisstand der Expert_innen anpassen. Auch deshalb fiel es vor allem republikanischen Gouverneur_innen so schwer, ihre Meinung bezüglich des Maskentragens zu ändern.

¹ <https://www.nytimes.com/interactive/2020/us/coronavirus-us-cases.html>

² <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2020S24/ S.5>

³ Bob Woodward, *Rage*, New York 2020, S. XIII–XXII.

⁴ https://www.pewresearch.org/politics/2020/09/14/americans-views-of-government-low-trust-but-some-positive-performance-ratings/pp_09-14-20_views-of-government-00-1/

⁵ https://www.washingtonpost.com/politics/trump-coronavirus-republicans-election/2020/10/05/fdc570ea-071a-11eb-a166-dc429b380d10_story.html

EINE GESPALTENE UND POLARISIERTE GESELLSCHAFT – FRUCHTBARER NÄHRBODEN FÜR DIE KRISE UND TRUMPS UNTERSTÜTZUNG

Das Virus traf auf eine polarisierte Gesellschaft und auf eine bestehende Skepsis vieler US-Amerikaner_innen – vor allem von Republikaner_innen und Trump-Anhänger_innen – gegenüber Eliten, Wissenschaft und Expert_innen. Beide Voraussetzungen formten die amerikanische Antwort auf die Pandemie, die wie in keiner anderen Gesellschaft zum Politikum wurde. Im Grunde genommen verbinden sich in den USA eine Feindschaft gegenüber Eliten und Intellektuellen mit einer teilweise ignoranten Bildungsferne zu einer fatalen politischen Symbiose, die Segmente der Gesellschaft sehr anfällig machen für Verschwörungstheorien aller Art. Diese Geisteshaltung wird zusätzlich durch die evangelikalen Gruppen und Glaubensinterpretationen in den USA gefördert, die zum Teil zentrale Erkenntnisse der Menschheitsentwicklung wie die Evolution und auch letztendlich die Aufklärung selbst ablehnen.

Die politische Polarisierung erschwerte den Umgang mit der Corona-Pandemie. Es zeigt sich, dass es bei den US-Bürger_innen einen Zusammenhang gibt zwischen dem Vertrauen in die Wissenschaft und den politischen Einstellungen: Unter Demokrat_innen und denjenigen, die zur Demokratischen Partei neigen, hatten im Mai 2020 53 Prozent großes Vertrauen, dass medizinische Wissenschaftler_innen im öffentlichen Interesse handelten – eine Steigerung um 16 Punkte innerhalb eines Jahres. Unter Republikaner_innen und denjenigen, die zur Republikanischen Partei tendieren, äußerten dagegen nur 31 Prozent großes Vertrauen in Wissenschaftler_innen, was in etwa dem Niveau von 2019 (32 %) entspricht.⁶

Die Wissenschaftsskepsis traf in republikanisch regierten Bundesstaaten zudem auf die Idee der amerikanischen Eigenverantwortung und das Zurückweisen zentraler staatlicher Gewalt: Diese Staaten und Gouverneur_innen folgten weitgehend der Linie von Präsident Trump und lehnten umfassende Einschränkungen des öffentlichen Lebens sowie Verordnungen zum Maskentragen ab. Demokrat_innen dagegen setzten auf den Rat der Gesundheitsexpert_innen und passten ihre Politik den sich entwickelnden Kenntnissen über Verbreitung und Risikogruppen an. Sie schränkten auch das öffentliche Leben stärker ein und warben dafür, Hygieneregeln im täglichen Leben einzuhalten. Dafür wurden sie dann oft von Trump selbst angegriffen. Dieser wollte ganz offensichtlich die Vorstellung, dass die Einschränkung des öffentlichen Lebens zur Unterbrechung der Ausbreitung des Virus notwendig ist, nicht akzeptieren. Er sprach sich stets dafür aus, das öffentliche Leben hochzufahren, um die Wirtschaft über Wasser zu halten. Freilich hatte Trump dabei den Wahlkampf und seine Wiederwahl im Blick. So präsentierte er sich denn als Kandidat, der die

wirtschaftliche Wiederbelebung zur Priorität erklärte, und stilisierte sich selbst zum Kämpfer gegen »herzlose« Expert_innen. Damit trug er direkt zur Steigerung der politischen Polarisierung und der Ausbreitung der Pandemie bei.

Auch wenn es nicht reichte, hatte Trump mit dieser Strategie teilweise Erfolg. Er konnte in diesem Jahr, verglichen mit 2016, elf Millionen zusätzliche Wähler_innen mobilisieren. Zu Recht oder zu Unrecht schrieben ihm viele Wähler_innen die Stärke der Wirtschaft vor der Pandemie zu und glaubten an ein von ihm ausgelöstes Comeback. Die Pandemie war zwar das bestimmende Thema im Wahlkampf, aber nicht das allein ausschlaggebende: Nur gut 15 Prozent der Trump-Wähler_innen nannten in Nachwahlbefragungen die COVID-19-Pandemie als sehr wichtiges Thema für ihre Wahlentscheidung, während es bei den Biden-Wähler_innen vier von fünf waren. Für mehr als jeden Dritten war die Wirtschaft das entscheidende Thema bei der Wahl.⁷

WIE HAT DIE PANDEMIE AUF DIE US-WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT GEWIRKT?

Die bereits vor Corona bestehende, wirtschaftliche und soziale Ungleichheit in den USA hat sehr unterschiedliche Lebensrealitäten im Land geschaffen. Allein daraus ist ein großer Schaden für die amerikanische Demokratie und Gesellschaft entstanden. Dazu sind die großen Lebensrisiken in den USA unzureichend durch die öffentliche Hand abgesichert. Gerade deshalb sind die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie immens. Hohe Arbeitslosigkeit sowie unzählige Geschäftsschließungen und Pleiten treffen die Arbeitnehmerschaft und die Mittelschicht hart. Gleichzeitig boomt der Aktienmarkt. Insgesamt hat die Corona-Pandemie wie ein Katalysator auf die US-Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gewirkt und bestehende Tendenzen beschleunigt sowie Strukturen verstärkt.

WARUM WAREN DIE USA SO VERLETZLICH?

Einer der Hauptgründe liegt darin, dass das US-Gesundheitssystem denkbar schlecht auf die Pandemie vorbereitet war. Da mehr als 27 Millionen Amerikaner_innen bereits vor Corona keine Krankenversicherung besaßen und 44 Millionen weitere nur minimal versichert waren – und damit Angst vor möglichen Kosten einer Erkrankung oder eines Krankenhausaufenthaltes hatten – sind viele trotz Erkrankung nicht zum Arzt gegangen. Das hat Infektionsraten massiv beschleunigt. Dazu kam das unterentwickelte System der Primärversorgung. Akut Erkrankte suchten deshalb Notfallaufnahmen in Krankenhäusern auf, was nicht nur zur Überlastung, sondern auch zu weiteren Infektionen führte. Auch machte es den breiten Einsatz und die Akzeptanz von Tests schwieriger.

⁶ <https://www.pewresearch.org/science/2020/05/21/trust-in-medical-scientists-has-grown-in-u-s-but-mainly-among-democrats/>

⁷ <https://www.nytimes.com/interactive/2020/11/03/us/elections/exit-polls-president.html>

Erkrankte hatten auch deshalb einen Anreiz, weiter zur Arbeit zu gehen, da viele Amerikaner_innen keine bezahlten Krankentage haben. Nicht zu arbeiten, bedeutet dann, kein Geld zu verdienen. Es gibt kein bundesweites Gesetz zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und nur in 13 Bundesstaaten sowie im District of Columbia existierten im März 2020 gesetzliche Regelungen, die Arbeitgeber_innen dazu verpflichten, Krankengeld zu zahlen.⁸

Die bundesweite Notfallvorbereitung war ebenso mangelhaft. Seit Jahren ist die Finanzierung für gesundheitliche Katastrophenbereitschaft gesunken. Die zwei wichtigsten Bundesprogramme haben zwischen 2003 und 2020 mehr als die Hälfte ihrer Budgets eingebüßt: von 1,4 Mrd. US-Dollar auf heute nur noch 662 Millionen.⁹

WEN TRIFFT DAS VIRUS?

Das Virus und seine Folgen treffen nicht alle Amerikaner_innen gleich. Vielmehr wurde die Spaltung der US-Gesellschaft anhand der Hautfarbe durch COVID noch klarer sichtbar: Die Pandemie traf überproportional nicht-weiße Amerikaner_innen. Dr. Anthony Fauci, der Leiter des National Institute for Allergy and Infectious Diseases (CDC), unterstrich, dass seine Daten ein helles Licht auf die gesundheitliche Ungleichheit zwischen Weißen und Afroamerikaner_innen werfen, die vor allem auf ökonomischen Ursachen basiere.¹⁰

Ethnische Zugehörigkeit ist eine Art erhöhtes Risiko, denn sie korreliert mit anderen Rahmenbedingungen, die sich auf die Gesundheit auswirken, wie den sozio-ökonomischen Status, den Zugang zu medizinischer Versorgung und die berufsbedingte Gefahr, sich zu infizieren, wie sie gerade bei essenziellen Arbeitnehmer_innen gegeben ist. Im Vergleich zu weißen Amerikaner_innen haben Afroamerikaner_innen laut CDC 1,4-mal so hohe Infektionszahlen, fast viermal so viele Krankenhausaufenthalte und beinahe dreimal höhere Todesraten. Auch für Amerikaner_innen lateinamerikanischer Herkunft ist das Virus verheerender als für Weiße: Sie haben fast doppelt so hohe Infektionszahlen, mehr als viermal mehr Krankenhausaufenthalte und fast dreimal so hohe Sterblichkeitsraten.¹¹

EINE UNGLEICHE REZESSION UND TEILWEISE ERHOLUNG DER WIRTSCHAFT

Die durch COVID ausgelöste Rezession ist so ungleich, wie die Pandemie selbst: Ethnische Minderheiten und Frauen sind be-

sonders betroffen. Das lag zum einen an den Sektoren, die überproportional unter Schließungen zu leiden hatten. Neun der zehn am stärksten von der Coronavirus-Rezession betroffenen Branchen sind Dienstleistungen. Dazu kam, dass ein Großteil der Last für Kinderbetreuung und Versorgung bei der Schließung von Schulen und Betreuungseinrichtungen auf Frauen entfiel. »Es ist eine noch ungleichere Rezession als sonst«, kommentierte Ben Bernanke, der frühere Chairman der Federal Reserve. »Die am stärksten von Covid betroffenen Sektoren beschäftigen unverhältnismäßig viele Frauen, Minderheiten und Arbeitnehmer_innen mit niedrigerem Einkommen.« Covid wirkte auch als Katalysator auf Automatisierung und Telearbeit, wobei die Verlagerung hin zum Home-office Arbeitnehmer_innen mit höherem Bildungsniveau begünstigte: Zu Beginn der Krise arbeiteten sechs von zehn Arbeitnehmer_innen mit Hochschulabschluss von zu Hause aus, während das nur für einen von sieben Arbeitnehmer_innen mit High-School-Abschluss galt.

Der Konsum von Dienstleistungen zwischen Januar und September 2020 brach um ca. sechs Prozent ein und der US-Arbeitsmarkt verlor im Frühjahr ca. 22 Millionen Jobs. Von den verloren gegangenen Arbeitsplätzen wurden bisher gut zwölf Millionen wieder zurückgewonnen. Aber damit fehlen noch immer zehn Millionen Jobs – neun Millionen davon allein im Dienstleistungssektor. Damit sind noch immer mehr Amerikaner_innen arbeitslos als zum Höhepunkt der Finanzkrise 2008/2009. Die Jobkrise deutet auf eine »sherecession«: Mehr als fünf Millionen Frauen haben in der Krise ihren Arbeitsplatz eingebüßt. Dazu kommt, dass bis Ende des Jahres zwölf Millionen der 20 Millionen Arbeitslosen, die eine Form von Arbeitslosengeld in den USA erhielten, kurz vor dem Verlust ihrer Ansprüche standen. In den meisten Bundesstaaten bekommt ein_e Arbeitslose_r nur 26 Wochen lang Arbeitslosengeld und die Hilfs- und Konjunkturprogramme, die der Kongress im Frühsommer beschlossen hatte, liefen Ende 2020 aus. Erst die Einigung auf ein weiteres Hilfspaket im Umfang von 900 Mrd. US-Dollar in letzter Minute bewahrte die Empfänger_innen davor, ihre Leistungen komplett zu verlieren. Allerdings wurden die wöchentlichen Zusatzleistungen für Arbeitslose im Vergleich zum »CARES Act« vom März 2020 von 600 US-Dollar pro Woche auf 300 US-Dollar halbiert.¹²

Der Kongress hat bisher vier Pakete im Kampf gegen die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie im Gesamumfang von mehr als vier Billionen US-Dollar verabschiedet.¹³ Trotzdem ist es bisher nicht gelungen, die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt signifikant wiederzubeleben. Wie kann das sein? Mehr als die Hälfte der Hilfen ging in Form von Steuervergünstigungen und Lohnhilfen an Unternehmen, die oft keine negativen Folgen durch Corona

⁸ <https://www.epi.org/blog/covid-19-pandemic-makes-clear-that-we-need-national-paid-sick-leave-legislation/>

⁹ https://www.washingtonpost.com/business/economy/the-us-health-system-is-showing-why-its-not-ready-for-a-coronavirus-pandemic/2020/03/04/7c307bb4-5d61-11ea-b29b-9db42f7803a7_story.html

¹⁰ <https://www.cnn.com/2020/06/23/health/coronavirus-pandemic-racism-fauci-bn/index.html>

¹¹ <https://www.cdc.gov/coronavirus/2019-ncov/covid-data/investigations-discovery/hospitalization-death-by-race-ethnicity.html>

¹² <https://www.nytimes.com/2020/12/22/us/politics/second-stimulus-whats-included.html>

¹³ Die vier Pakete sind: 1. Coronavirus Preparedness and Response Supplemental Appropriations Act 2020 (\$8.3 Mrd.); 2. Families First Coronavirus Response Act (ca. \$192 Mrd.); 3. The Coronavirus Aid, Relief, and Economic Security Act/CARES Act (ca. \$2,2 Billionen); 4. Coronavirus Response and Relief Supplemental Appropriations Act 2021 als Teil des Consolidated Appropriations Act 2021 (\$900 Mrd.)

nachweisen mussten. Knapp 860 Mrd. US-Dollar, also gut ein Fünftel, ging an Arbeitnehmer_innen und Familien und nur etwa 15 Prozent wurden für die Bekämpfung der Pandemie selbst ausgegeben.¹⁴

Der Arbeitsmarkt erholt sich langsam, aber auch diese Erholung ist nicht gleichmäßig verteilt und könnte noch Jahre dauern: Nach der letzten Rezession brauchte es gut zehn Jahre, bis sich der Arbeitsmarkt vollständig regeneriert hatte. Laut Daten des US-Arbeitsministeriums wurde etwa die Hälfte der zwischen Februar und April 2020 verloren gegangenen Arbeitsplätze wiederhergestellt. Während weiße Amerikaner_innen jedoch mehr als die Hälfte der Verluste wettgemacht haben, ist es bei Afro-Amerikaner_innen nur jeder Dritte.

Auch die Entwicklungen auf anderen Märkten erhöhen die Ungleichheit der Gesellschaft. Während es eine massive Rezession im Dienstleistungssektor gibt, sind die Verbraucherausgaben für Waren von Januar bis September 2020 um 7,2 Prozent gestiegen und liegen höher als vor der Pandemie. Da die meisten Amerikaner_innen heute deutlich mehr Zeit zu Hause verbringen und nicht mehr auswärts essen gehen, kaufen sie deutlich mehr ein – oft online. Auch die Nachfrage nach Fahrzeugen ist in die Höhe geschossen, da weniger Menschen den öffentlichen Nahverkehr in den urbanen Zentren nutzen wollen. Dazu kommt der gesamte Technologie-Sektor, der positive Corona-Effekte einfahren konnte. Die Aktien von Amazon zum Beispiel haben Ende 2020 gegenüber dem Jahresbeginn fast um zwei Drittel zugelegt.

Zugang zu Wohnraum ist und bleibt ein wichtiger Indikator ökonomischer und gesellschaftlicher Veränderungen. Letztendlich wurden die eigenen vier Wände zum wichtigsten Ort im Leben der meisten Amerikaner_innen, da das öffentliche Leben 2020 stark eingeschränkt und der Rückzug in die eigene Wohnung oder in das eigene Haus letztendlich der sicherste Umgang mit der Covid-19-Pandemie geworden war. Wer dabei großzügig mit viel Platz wohnen konnte, hatte bessere Chancen, gesund durch die Krise zu kommen. Wer es sich leisten konnte, vergrößerte tendenziell den vorhandenen Wohnraum, was durch anhaltend niedrige Zinssätze begünstigt wurde. So sind während der Pandemie die Preise für Häuser um ca. sechs Prozent gestiegen. Menschen mit geringem Einkommen konnten von den niedrigen Zinsen nicht profitieren und verfügen oft auch nicht über Wohneigentum. Verloren sie ihre Arbeit in der Krise, kamen sie meist auch mit den Mietzahlungen in Verzug. Säumige Mieter_innen laufen nun Gefahr, auf der Straße zu landen, weil Ende Januar 2021 das temporäre CDC-Moratorium für Zwangsräumungen ausläuft. 14 Millionen Amerikaner_innen könnten laut Schätzungen der National Low Income Housing Coalition Ende Januar ihre Wohnung verlieren.¹⁵ Hier besteht dringender politischer Handlungsbedarf.

SCHULEN IN DER PANDEMIE

Wie überall haben die Schulschließungen, die in den USA teilweise von März bis heute mit wenigen Teilöffnungen anhalten, das Leben von Lehrer_innen, Schüler_innen und Eltern verändert, insgesamt eher zum Negativen. Aber auch hier sind die Auswirkungen stark vom sozialen und ökonomischen Umfeld der Betroffenen abhängig. Die Wertschätzung für die Leistungen öffentlicher Schulen und Lehrer_innen hat in der Pandemie zugenommen. Aber die Schulen haben große Probleme, das Lehren und Lernen digital zu organisieren. Wo die Schüler_innen zu Hause keine Unterstützung beim Lernen haben, fallen sie oft insgesamt zurück, werden teilweise abgehängt und bleiben am Ende ganz weg. Für viele Schüler_innen, insbesondere in den urbanen Zentren, ist die Infrastruktur, welche die öffentlichen Schulen bieten, überlebenswichtig, insbesondere die Schulspeisungen, aber auch der Zugang zu Betreuung und Beratung. All das fällt nun weg. Und es gibt auch Haushalte ohne Internet und ohne Computer. Schüler_innen in solchen Haushalten können schlicht nicht am digitalen Unterricht teilnehmen. Mit der Krise steigt daher die Bildungsgerechtigkeit im Land: Nach Daten des National Center for Education Statistics (NCES) hatten 14 Prozent der Kinder zwischen 3 und 18 Jahren im Frühjahr 2020 zu Hause keinen Internetzugang. Mehr als neun Millionen Schulkinder verfügen also nicht über den notwendigen Zugang zu Technologie zum Lernen.¹⁶ Und laut einer McKinsey-Studie könnte COVID die bestehenden Leistungsunterschiede zwischen weißen und nicht-weißen Schüler_innen verschärfen: Afroamerikanische Schüler_innen könnten um mehr als zehn Monate, hispanische um gut neun Monate und einkommensschwache Schüler_innen um mehr als ein Jahr zurückfallen.¹⁷ Dadurch würden sich die bestehenden Leistungsunterschiede um 15 bis 20 Prozent verschärfen. Diese Entwicklungen werden auch die Zukunft der USA betreffen. Denn die wachsende Ungleichheit im Bildungsbereich hat nicht nur soziale, sondern auch ökonomische Folgen. Im Jahr 2009 kostete die geschätzte Kluft zwischen weißen und schwarzen sowie hispanischen Schüler_innen die US-Wirtschaft jährlich 310 bis 525 Milliarden US-Dollar an Produktivität, was zwei bis vier Prozent des BIP entspricht.

CORONA UND SOZIALE BEWEGUNGEN

Angesichts der disproportionalen Auswirkungen der Pandemie auf Minderheiten ist es nicht erstaunlich, dass die Proteste gegen Polizeigewalt und strukturellen Rassismus, die nach dem Mord an George Floyd Ende Mai sukzessive das ganze Land erfassten, eine so große Dynamik entfalten konnten. Die Corona-Pandemie hat die sozialen Proteste wie *Black Lives Matter* nicht verursacht, aber auch hier als Katalysator und Treibsatz fungiert: Die eklatanten Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen sind eben nicht nur wirtschaftlicher und sozialer Natur. Sie sind viel existen-

¹⁴ <https://www.covidmoneytracker.org/explore-data/interactive-table>

¹⁵ <https://nlihc.org/coronavirus-and-housing-homelessness/covid-package-and-housing-provisions>

¹⁶ <https://usafacts.org/articles/internet-access-students-at-home/>

¹⁷ <https://www.mckinsey.com/industries/public-and-social-sector/our-insights/covid-19-and-student-learning-in-the-united-states-the-hurt-could-last-a-lifetime#>

zieller, denn sie entscheiden mit über Leben und Tod eines Einzelnen. Das war latent auch vielen weißen und besser gestellten Amerikaner_innen bewusst, aber die Krise hat den Zusammenhang zwischen Rassismus, gesellschaftlicher Stellung und Überleben auf eine andere Ebene gehoben, die schwerer zu ignorieren war.

CORONA & LEHREN AUS DER EPIDEMIE 1918/19

Die Corona-Pandemie in den USA wurde oft mit der Zeit der Spanischen Grippe 1918/19 verglichen. Und der Vergleich passt auf vielen Ebenen: Ein neuartiges, hoch ansteckendes Virus trifft auf eine moderne Gesellschaft, die keine natürliche Immunität besitzt. Geschäfte und Schulen schlossen und Infizierte wurden in Quarantäne geschickt. Damals wie heute gab es auch eine politisierte Reaktion auf die Epidemie, beispielsweise die Empfehlungen zum Tragen von Masken. Zudem spielten Propaganda und gezielte Falschinformationen in beiden Pandemien eine fatale Rolle. Das Vertrauen der Öffentlichkeit ist aber entscheidend für gutes Regierungshandeln in der Krise und diese wiederum hängt davon ab, ob die Regierung die Wahrheit sagt. Wie der Historiker John M. Barry in seinem 2004 erschienenen Buch *The Great Influenza* schrieb, besteht die wichtigste Lehre aus der Grippe-Epidemie darin, dass »die Verantwortlichen das Vertrauen der Öffentlichkeit bewahren müssen« und dass »der Weg dorthin darin besteht, nichts zu verzerren [...] und zu versuchen, niemanden zu manipulieren«. In den USA 2020 geschah genau das Gegenteil: Die Trump-Regierung fand keinen verantwortlichen Umgang mit der Pandemie und stürzte somit das Land in eine schwere Krise.

DIE USA IN DER ZEIT NACH CORONA GESTALTEN

Selbst mit der Amtseinführung von Joe Biden und seiner Regierung am 20. Januar 2021 und den bereits angekündigten Programmen zu besserer bundesweiter Koordinierung der Maßnahmen im Kampf gegen die Pandemie und ihrer Folgen erleben die USA einen schweren Winter. Das Versagen der ausgehenden Regierung lastet wie Blei auf der Zukunft des Landes. Doch es gibt auch Grund zur Hoffnung: Die Biden-Harris-Administration hat die seltene Chance, entscheidende Weichen zu stellen und die strukturellen Veränderungen des Landes mitzugestalten, welche die Corona-Krise aufgezeigt und beschleunigt hat. Dazu gehören an erster Stelle die Wiederherstellung des Vertrauens in staatliches Handeln und die Forderung an eine bessere Absicherung bei Lebensrisiken für alle Teile der Gesellschaft.

Die Wähler_innen erwarten von Joe Biden und Kamala Harris konkret, dass sie die Pandemie effektiver bekämpfen, die Wirtschaft aufbauen, die Infrastruktur verbessern und die Gesundheitsversorgung ausweiten. Joe Biden und Kamala Harris wissen, dass sie am Erfolg in diesen Bereichen gemessen werden und entsprechend haben sie den Fahrplan für die ersten Wochen nach der Amtsübernahme aufgestellt.

Zum »Build Back Better«-Rettungsplan im Umfang von 1,9 Billionen US-Dollar gehören direkte Barzahlungen an die Mehrheit der Arbeitnehmer_innen, eine erweiterte Arbeitslosenversicherung, Mietzuschüsse, Nahrungsmittelhilfen und staatliche Hilfen für kleine Unternehmen. Damit sollen gleichzeitig zwölf Millionen Amerikaner_innen aus der Armut befreit und die Kinderarmut halbiert werden.

Zur besseren Koordinierung der Pandemiebekämpfung berief der Präsident eine Coronavirus-Response-Taskforce unter Leitung von Dr. David Kessler, dem früheren Chef der Food and Drug Administration (FDA), ein. Als eine der ersten Amtshandlungen nach seiner Vereidigung unterschrieb Biden eine präsidientielle Verfügung, die den Austritt der USA aus der Weltgesundheitsorganisation rückgängig macht. Gesundheitsexperte Dr. Anthony Fauci wird im Amt des Direktors des Nationalen Instituts für Allergie und Infektionskrankheiten bleiben und nahm bereits am 21. Januar am Treffen des WHO Executive Boards seitens der USA teil. Präsident Biden unterschrieb am gleichen Tag zehn weitere Verfügungen zur Bekämpfung der Pandemie. Er ordnete unter anderem die Einführung von Masken in öffentlichen Verkehrsmitteln an und aktivierte den »Defense Production Act«, um Unternehmen zu zwingen, Materialien wie N95-Masken und Schutzkleidung herzustellen, die zur Bekämpfung der Pandemie benötigt werden.

Amerika steht nach der Wahl wieder für Fortschritt und könnte sich dem sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rückschritt der vergangenen Jahre widersetzen. Gute Regierungsführung wird das bizarre tribalistische Führen durch Ausgrenzung, Vetternwirtschaft und Korruption ersetzen. Das könnte auf ein neues Bewusstsein in der US-Gesellschaft treffen, die trotz der Spaltung in Zukunft wieder mehr von ihrer Regierung auf lokaler und nationaler Ebene erwarten wird. Das Land befindet sich in einer »Stunde aus Plastik«, wie es der Philosoph Gershom Scholem bezeichnete, in der strukturelle Veränderungen möglich sind, sodass Gesellschaft und Politik durch die Krise leichter formbar werden.¹⁸

Die Bereitstellung von Impfstoffen, die 2021 im großen Stil zum Einsatz kommen werden, nähren die Hoffnung, dass die Wende in der Gesundheits- und Wirtschaftskatastrophe gelingen kann. Bis Mitte Januar waren erst gut elf Millionen Amerikaner_innen geimpft (etwa 3,5 Prozent der Gesamtbevölkerung), obwohl bereits 29 Millionen Impfdosen zur Verfügung standen. Präsident Biden wird hier auf das Tempo drücken und hat zugesagt, dass bis zum Ende seiner ersten 100 Tage im Amt 100 Millionen Impfdosen verabreicht sein werden. Damit soll auch ein großer Teil der Schulen wieder öffnen können.

Die zunehmende Spaltung der Gesellschaft wird auch in vier Jahren einer Biden-Harris-Regierung nicht überwunden sein. Der 46. Präsident der USA war sich dessen bewusst, als er sagte: »Einigkeit ist kein Wunschtraum, sondern ein prakti-

¹⁸ <https://www.theatlantic.com/magazine/archive/2020/10/make-america-again/615478/>

scher Schritt, um die Dinge, die wir als Land zu erledigen haben, gemeinsam zu bewältigen.« Kluge Reformen in der Wirtschaft und im Arbeitsmarkt können eine Transformation hin zu einer auf Arbeitnehmerinteressen ausgerichteten und nachhaltigen, klimaneutralen Wirtschaft sowie einer weniger gespaltenen Gesellschaft einleiten. Und die Stimme der Expert_innen und der Vernunft kann der Politik einen neuen Kompass geben. Damit kann die Krise zur Chance für Amerika und auch für eine neue transatlantische Zusammenarbeit werden.

ÜBER DEN AUTOR

Knut Dethlefsen leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Washington D.C. Zuvor leitete er die Büros der FES in Warschau, Ost-Jerusalem und Shanghai.

IMPRESSUM

Friedrich-Ebert-Stiftung | Westeuropa / Nordamerika
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Michèle Auga, Leiterin, Referat Westeuropa / Nordamerika
Tel.: +49-30-269-35-7736

Bestellungen/Kontakt:
FES-WENA@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

FES BÜRO WASHINGTON, D.C.

Das Washingtoner Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung fördert den transatlantischen Dialog im Einklang mit den Grundwerten der Sozialdemokratie. Unsere Programme verbinden deutsche und europapolitische Debatten mit Diskursen in den Vereinigten Staaten und Kanada. Darüber hinaus fördern wir den »Dialog« zwischen transatlantischen Partner_innen und Vertreter_innen aus anderen Regionen wie dem Nahen Osten, Russland und der Türkei, um Ideen und Lösungen für gemeinsame, globale Herausforderungen zu entwickeln. Die FES ist als deutsche politische Stiftung auch in Ottawa präsent, was es der Stiftung ermöglicht, effektiv und nachhaltig an Programmen mit kanadischen Partner_innen zu arbeiten.

Ein weiteres wichtiges Element unserer Arbeit ist der Aufbau und die Pflege transatlantischer Netzwerke zwischen politischen Entscheidungsträger_innen und Vertreter_innen von Thinktanks, Universitäten, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften. Schwerpunkte unserer Arbeit sind Außen- und Sicherheitspolitik, Wirtschafts- und Arbeitsbeziehungen, die Zukunft progressiver Politik, Klimapolitik, Minderheiten und Integration sowie Rechtspopulismus und die Zukunft unserer Demokratien.

Friedrich-Ebert-Stiftung Washington, DC
1023 15th Street, NW | Washington 20005 | USA
Tel.: +1-202-408-5444 | dc.fes.de

DIE CORONAKRISE TRIFFT DIE USA

Gespaltene Gesellschaft, angeschlagene Wirtschaft und Politik ohne Kompass



Die USA sind von der globalen Covid-19-Pandemie von allen hoch entwickelten Industriestaaten am härtesten getroffen worden. Dabei ist in der Pandemie offensichtlich geworden, dass der Exzeptionalismus der USA vor allem darin besteht, mit der Krise vollkommen überfordert zu sein. Das betraf sowohl die politische Führung unter Donald Trump auf nationaler Ebene als auch die Gesellschaft.

Donald Trump und sein Rechtspopulismus amerikanischer Prägung haben im Angesicht der Pandemie komplett versagt. Unklare Zuständigkeiten, fehlende Koordinierung der Bundesstaaten und lokalen Behörden, Entscheidungsunfähigkeit, Verkennen der Realität, Nepotismus und sowohl wechselnde wie auch sich widersprechende Politikansätze führten dazu, dass die Pandemie in den USA außer Kontrolle geriet.



Das Virus traf auf eine polarisierte Gesellschaft und auf eine bestehende Skepsis vieler US-Amerikaner_innen gegenüber Wissenschaft und Expert_innen. Beide Voraussetzungen formten die amerikanische Antwort auf die Pandemie, die wie in keiner anderen Gesellschaft zum Politikum wurde. Donald Trump schürte die politische Polarisierung im Umgang mit der Krise und profitierte von ihr, aber es reichte nicht, um die Wiederwahl zu gewinnen.

Insgesamt hat die Corona-Pandemie wie ein Katalysator auf die US-Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gewirkt und bestehende Tendenzen beschleunigt sowie Strukturen verstärkt. Die unzureichende Absicherung vor den zentralen Lebensrisiken, die Unzulänglichkeiten des Gesundheitssystems, der schwache Sozialstaat und die Spaltung der US-Gesellschaft und Wirtschaft anhand der Hautfarbe führten dazu, dass die Pandemie vor allem für nicht-weiße Amerikaner_innen und Frauen verheerende gesundheitliche und wirtschaftliche Folgen hatte.



Selbst die teilweise Erholung der Wirtschaft ist ungleich verteilt. Auch deshalb hat die Corona-Pandemie die sozialen Proteste wie *Black Lives Matter* in den gesellschaftlichen und politischen Fokus gerückt.

Joe Biden und Kamala Harris werden ihre Ämter im Angesicht ungelöster Krisen und riesiger Herausforderungen antreten. Gleichzeitig hat die Biden-Harris-Administration die seltene Chance, entscheidende Weichen zu stellen und die strukturellen Veränderungen des Landes zu gestalten, welche die Corona-Krise aufgezeigt und beschleunigt hat. Dazu gehören an erster Stelle die Wiederherstellung des Vertrauens in staatliches Handeln und die Forderung an eine bessere Absicherung der Lebensrisiken für alle Teile der Gesellschaft. Genau daran werden Joe Biden und Kamala Harris gemessen werden.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:

[dc.fes.de](https://www.dc.fes.de)